

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

24. Jahrgang.
Preis: 1 Mark 50 Pfennig.
Verleger: C. Neumann, Neudammstr. 10.
Druck: C. Neumann, Neudammstr. 10.

Dresden 1881.
Anzahl der Exemplare 7000.
Preis: 1 Mark 50 Pfennig.
Verleger: C. Neumann, Neudammstr. 10.

Krohne & Hirscheol.
6 Altmarkt 6
empfehlen zu passenden Festgeschenken
Cravatten, Schleißen, Cachenez, spanische
Spitzenfleusen und Barben.
Seidene Bänder, Sammete und Seidenwaren
zu den billigsten Preisen.

Kinder-Garderoben-Magazin
Wildstrasserstr. 43. **J. Boss** Wildstrasserstr. 43.
empfehlen ein reichhaltiges Lager eleganter Garderobe
für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren.
Bestellungen nach Mass werden in eigenen Ateliers
prompt erledigt.

Tapiserie-Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

R. Seelig,
Beliebteste Artikel zu Geschenken. Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Kaufhaus Laden 6. En detail.
NB. Namentlich sind zu diesem Zwecke die fein lackirten und mit Perlmutt ausgelegten Holzwaren sehr beliebt und geschätzt.

Nr. 341. Mittwoch, 7. Decbr. Ausfichten für den 7. December: Kollig, etwas wärmer, zumächt noch trocken.

Beamtenthätiger Redacteur für Politisches Dr. Emil Bierich in Dresden.
Als der vorige Reichstag das Börsensteuergesetz betraf, wurde von den Konservativen beantragt, eine procentuale Beherrschung der Börsengeschäfte einzuführen. Dieser sehr verständige Antrag erlangte jedoch nur die genaue Hälfte der Stimmen der Anwesenden; damit war er, der Heftigkeit der Freikonservativen und die Sozialdemokraten auf dem Gewissen. Von den letzteren war kein einziges Mitglied anwesend, von den Freikonservativen aber stimmte eine Anzahl, bekannt als Geländer und Stammgäste am Börsenspieltische, gegen eine gerechte Veranschlagung der Börsengeschäfte zu den Staatskassen. Dieses Verhalten einer sich konservativ nennenden Partei hat bei den Reichstagswahlen keine gebührende Strafe erhalten — nicht ein einziger jener freikonservativen Mitglieder um goldene Halb erhielt vom Volke den Ehrensit in seiner Vertretung. Daß die Sozialdemokratie so börsenfreundlich auftrat, konnte nur für den ersten Anblick frappiren. Aber auch bei den Wahlen mußte man wahrnehmen, wie die Sozialdemokratie die Börsenspiele schonte, ihre Agitation vielmehr mit Vorliebe gegen Vertreter des schaffenden Bürgerthums und des Bauernstandes führte. Hochfinanz und Sozialdemokratie brauchen sich eben gegenseitig wie das liebe Brod, um das in der Mitte liegende Bürgerthum zu zerreiben. Die Börsenmatadore unterstützen mit ihren reichen Geldmitteln die sozialdemokratische Bewegung und deren Vertreter schonen aus Dankbarkeit die Geschäftsmacherei unter den goldenen Ketten des bekannten Stiffhaumes. Als nun bei der diesmaligen Staatsberatung der konservative Abg. v. Wedell die Vortreibung der abgeleiteten Börsensteuern auf Einführung einer procentualen Börsensteuer anknüpfte, erhob sich natürlich nicht eine sozialdemokratische Stimme dafür, wohl aber traten die Abgg. Eugen Richter, Vosker, Ricker und Sonnemann schärfend ein für die bedrohte Herrlichkeit des Börsenspiels. Eugen Richter fand diesen Antrag sogar für so gefährlich, daß er ihn übertrumpfen zu müssen glaubte. Zur Strafe dafür, daß die Konservativen mit freudiger Hand das Fügen, Hobeln, Agilitäten erschweren wollen, will Richter den Wegfall des Petrolesollens beantragen. Da habt Ihr den Schaden, äh! — Sollen wir uns das frivole Spiel der Fortschrittspartei und des ganzen Börsenliberalismus mit dem Volkssoll so unverschämte entgegenzusetzen, wie in dieser zornigen Anknüpfung des großen Eugen. Wie hoch? Ist es denn nicht allezeit ein Mitglied Abgeordneter, für Herabminderung der Steuerlast einzutreten? Ungerechte Steuern oder bestehlen zu lassen aus Parteifürsicht und erst aus Nach ihrer Beschäftigung zu beantragen, das ist der Gipfel des Parteifanatismus. Eugen Richter weiß ganz genau, daß das Reich die Einnahmen aus dem Petrolesoll nicht entbehren kann. Auch uns ist diese Lichtsteuer so unpopulär als möglich; aber noch härter und gehässiger dünkt uns die Salzsteuer. Die Konservativen und Radikalen werden sich durch die fanatischen Drohungen der aus Rand und Band gerathenen Fortschritts-Überbungen nicht abhalten lassen, mit ihren Anträgen den Mikroskop des Börsenspiels zu beschreiben, der, solange er steht, jeden Augenblick die blühende und gewerbfleißige Thallandschaft mit seinem Gerüll zu verthüllen droht. Freilich verhehlen wir uns nicht, daß die jüdischen und Zerrichtens- wesen zur Zeit noch so dicht sind, daß sie dieses Bombardement außer Acht lassen. Daß doch Ehren-Vasallen schmeicheln bekannt, daß das jetzige Börsensteuergesetz die wirklich schädlichen Börsengeschäfte, das Spiel, die Spekulation, fast gar nicht trifft, sondern weit mehr den soliden Geldumlauf belastet. Mißthoit war es ununterholn Vasallen und Richtern vor, daß sie ihre bessere Kenntniss, wie es der Gesetzgeber anzufangen habe, um die speculativen Börsengeschäfte zu besteuern, dem Reichstag seiner Zeit sorgfältig verheimlicht haben.

belangt und als nicht ausführbar erklärt; der Kriegsminister bemerkt, daß dem Reichstage das Recht zustehe, bei den Kosten für die Ersatz-Reserve vorzunehmen. Der obige Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, 620,000 Mark von den Kosten für die Ersatz-Reserve zu streichen. Dadurch vergrößert sich die Durchführung der Ersatz-Reserve um 1 1/2 Jahre, was bei der friedlichen Gestaltung des Weltlaufes ganz unbedenklich ist. Abgelehnt wurden die Positionen von 5 Millionen Mark zur Erhebung von Asern und Depots für die Train-Bataillone des Garde-Corps und des 3. Garde-Regimentes. Es wurden 600,000 Mark für neue Vorarbeiten bewilligt, ferner wurden abgelehnt die Posten für die Errichtung einer Kadettenmilitärschule und Unteroffizierschule in Neudorf im Elsaß.
Sehr heftig ist es im österreichischen Reichstage zu Wien eingegangen. Die Abgeordneten bedauern sich über die Abstreifung in einem Grade, das uns vollständig eingeschulderten Norddeutschen eine gelinde Gütschau überläßt. Der Wiener Abbebot Dr. Jacques brachte die höchsten Confessionen der deutschen Zeitungen zur Sprache. Die übliche l. l. Politik ist bekanntlich eine sehr eigenständige Praxis. Gegen die deutsche Nationalität darf ein Geschick nicht allzu erhaben, niemand föhrt es in dem unangenehmen Geschick des Reichstages und Verunglimpfung des eigenen Stammes, der doch der höchste Träger der Kultur und des Staatsgeistes in Österreich ist. Wehe aber, wenn ein deutsches Volk die Regierung angriff, sei es auch nur in mässiger Weise. Selbst die Reichstags- der Wiener Gemeinderathes und die Erklärungen der deutschen Reichstagsabgeordneten unterlagen der Confession. Dr. Jacques warf dem Reichthum der Regierung Camionus und Mangel an sittlichem Ernst vor und bezeichnete unter dem jubelnden Beifall der Deutschen diese Confessionen als die „Ruchlosen Erbsen des Justizministeriums“. Jeder verwarf der Redner den Erfolg seines glänzenden Rednens gründlich, indem er sich nicht schämte, die Richter der Parteilichkeit zu verächtlichen. Auch verlangt es die Gerechtigkeit, aus der Rede des Justizministers anzuführen, daß, als das deutsche Ministerium Marsperg am Ruder war, es das Cabinet Taaffe bei seinen in der Confession der Reichstagsabgeordneten „Geistesüberreiter“ nannte, so beschloß das Haus einen Ausbruch einzulegen, um diese „Reibung“ zu föhnen.
Bei einem Gala-Diner, das Gambetta dem diplomatischen Corps gab, stellte er seinen atheistischen Kultusminister Paul Bert auch dem päpstlichen Kultus vor. Dieser beginnt seinen Vortrag gegen die katholische Kirche damit, daß er in den Staatsverträgen den Religionsunterschied, der bis jetzt obligatorisch war, dem freien Gewissen anheimstellt. Die römische Geistlichkeit zögert noch aus guten Gründen, den Hebelaband auszuschnitten; sie denkt weiter zu kommen, wenn sie sich mit der Regierung freundlich stellt und der Kaiser Erbschloß sich bereits zu Unterhandlungen mit der Regierung über die Regelung der kirchlichen Fragen bereit finden. Der Papst fürchtet den Kulturkampf in dem katholischen Frankreich nicht mehr, als den in dem protestantischen Deutschland.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 6. Decbr.
Berlin. Heute findet beim Reichsanwalt wieder eine parlamentarische Sitzung statt. — Der Entwurf, betr. die Erhebung einer Berufssteuer, sowie die Vornahme einer Volkszählung i. J. 1882 ging dem Reichstage zu. Die statistischen Aufnahmen werden von den Landesregierungen bewirkt. Der Bundesrath bestimmt den Tag der statistischen Aufnahmen. Wer die gestellten Fragen wahrheitsgemäß beantwortet, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder Haft bestraft.
Berlin. Reichstag. Die Etatsberatung wird fortgesetzt. Zum Etat der Eisenbahnverwaltung spricht Abg. Lingens die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen die streit sein werde, den Bahnbeamten die Sonntagruhe zu sichern. Lingens ist ihm nicht bekannt geworden, aber er fürchtet das Beispiel im Nachbarlande. Abg. Büchtemann befragt sich darüber, daß die Bahnverwaltung ihre Schienen bei deutschen Schienenwerfern laufe, anstatt bei ausländischen, die billigere Preise liefern. Der Etat des Bundeshaushalts wird debattirt erledigt. Abg. v. Rabahn-Ohlig referirt über die der Kommission überreichten Theile des Militäretats. Die Kommission schlägt eine Reihe von Abstrichen vor. Auf den l. l. l. Militäretat kommen folgende Abstriche: Für Geldverplegung der Truppen werden anstatt 1611,550 nur 5,778,008 M. für Naturalverplegung anstatt 5,787,008 nur 5,778,008 M. für Bekleidung und Ausattung des Truppenweien anstatt 1,604,206 nur 1,602,206 M. für Garnisonverwaltungs- und Reserveweien anstatt 1,211,716 nur 1,203,716 M. für Militär-Medicalweien anstatt 236,610 nur 234,610 M. für Verplegung der Ersatz- und Reservemilitärschiffen anstatt 161,917 nur 160,417 M. und endlich für das Artillerie- und Pionierweien anstatt 474,000 nur 471,500 M. genehmigt. Abg. Richter ist überzeugt, daß sich beim Militäretat noch weitere Verbesserungen machen ließen, wenn das Kriegsministerium nicht ein gewisses Mißtrauen gegen den Reichstag hegte, von dem es eine Verabschmung seiner Rechte befürchte. Besonders hätte er, daß auf Verabschmung der Besatzzeit für den einzelnen Mann Mißacht genommen werde. Abg. v. Bühler kündigt seinen Abstrichsantrag für eine der nächsten Sessionen an. Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben erklärt Abg. Sonnemann Namens der im Reichstags-Vollpartei, daß sie gegen sämtliche Neubauten, die im Extraordinarium verlangt würden, stimmen werden. Die Verbesserung würde dadurch nicht bekräftigt werden, so werden die Soldaten der Besatzzeit einguquartirt. Er halte auch die Militärart für zu hoch, aber die Soldaten müßten doch untergebracht werden. Die von der Kommission bei den außerordentlichen und einmaligen Ausgaben vorgeschlagenen Abstriche betragen zusammen 1,270,000 M. Ueber die Errichtung einer Unteroffiziers-Kadettenschule in Annaburg (Elsaß-Lothringen) entzinkt sich eine längere Debatte. Abg. Richter tritt dagegen. Eltern, die ihre Kinder auf Staatskosten erziehen lassen, finden sich meistens, aber man dürfe diese Reizung nicht unterstützen. Ein großer Unteroffiziersmangel ließe sich nicht vornehmen. Abg. Sonnemann (Elsaß): Man solle dem Elsaß seine früheren Schulen wiedergeben, dann brauche man solche Erziehungsinstitute nicht. Abg. Bes bekräftigt, daß die Schulverhältnisse im Elsaß mangelhaft sind. Abg. Dr. Zenge, Kriegsminister kamelt und hymn. Dabringing für die Bewilligung. Abg. Dr. Vosker dagegen. Auf Antrag des Abg. v. Wenda wird die Angelegenheit an die Kommission zurückverwiesen. Die einzelnen Summen bzw. Abstriche werden genehmigt und sodann die Sitzung verlegt.
Berliner Briefe. Beste Zeiten, aber beschränktes Geschäft, das sich erst gegen Schluss etwas mehr belebte, und zwar in Folge guter Wiener Notierungen. Von deutschen Bahnen gewonnen Berlin-Hamburger 3 1/2 Proc. Decker, Bahnen höher. Franzosen 9 Lombarden 2 1/2 M. besser. Renten fest, nur die leitenden hatten Schwäche. Creditactien schlossen 5/8 M. Disconto 1 Proc. höher. Vanta und Dortmund saßen 1 bzw. 1 1/2 Proc. an. Deutsche Fonds leblos, fremde gut behauptet.